

50 Jahre putsch in chile

freitag, 8. september 2023 taz

taz panterstiftung

Alejandro „Mono“ González (Jg. 1947) ist einer der bekanntesten politischen „muralista“ (Wandmaler) Chiles. Dieser Beilage stellt er drei Bilder zur Verfügung
Illustration: Mono González



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Um verteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt

Talk & Texte auf taz.de zu Chile

Heute Abend, Freitag, 8. 9., um 19 Uhr, findet ein taz Panter Talk zu Chile in der taz Kantine in Berlin statt, der auch auf Youtube übertragen wird. Gäste sind der exilchilenische Fotograf José Giribás, die Feministin Lidia Yáñez und die Umweltaktivistin Carolina Vilches. Infos: taz.de/talk. Und auf taz.de erscheinen weitere Artikel zu Chile gestern und heute auf Deutsch und Spanisch: taz.de/chile-50-jahre-putsch & taz.de/chile-50-anos-golpe

Kommentar von Michael Sontheimer

„Chile Sí! Junta No!“

Auf der Flucht vor der Bundeswehr nach Westberlin zog ich im Sommer 1974 in eine Wohnung im Stadtteil Moabit. Die beiden Genossen, die sie gemietet hatten, kannte ich aus einer antiautoritären Schülergruppe. Sie waren nach Griechenland gefahren, in der Küche zurückgelassen, hatten sie zwei große braune Papiersäcke gefüllt mit weißem Pulver.

Die beiden, erfuhr ich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, hatten geplant, Raketen zu bauen und diese vom Teufelsberg aus zum Olympiastadion zu schießen; dort sollten aus den Raketen Flugblätter auf das Publikum regnen; Aufrufe gegen die Militärdiktatur in Chile; während des Fußball-Weltmeisterschaftsspiels Chile-BRD. Aus dem weißen Pulver in der Küche sollte Raketentreibstoff gemischt werden, aber letztlich überwogen die Zweifel, ob das Risiko nicht zu groß sei, mit den Raketen Fußballfans zu verletzen.

Hunderte Linke schwenkten dann im Olympiastadion am 14. Juni 1974 große Transparente: „Chile Sí! Junta No!“ und „Tod dem Faschismus in Chile“. Die beiden Genossen schafften es, mit ein paar anderen Spontis und einem großen Transparent bis auf den Rasen zu sprinten. Die Chemikalien blieben unbenutzt in der Küche stehen.

Nicht nur in Berlin, sondern für die Linke weltweit war Chile im Sommer 1974 das zentrale Thema: Am 11. September 1973 stürzten Militärs unter Führung von General August Pinochet die sozialistische Regierung von Präsident Salva-

dor Allende. Der hatte nicht mit Gewehren und Gewalt, wie es Fidel Castro auf Kuba gelungen war, sondern ganz und gar demokratisch aus Chile ein sozialistisches Land machen wollen.

Doch der Arzt Allende hatte seine Rechnung ohne die Regierung der USA gemacht. Schon seit 1963 hatte der US-Auslandsgeheimdienst CIA in Chile rechte Medien finanziert und bei Zersetzungskampagnen gegen die Linken mit Fake News beraten. Kurz vor der Wahl Allendes zum Präsidenten im Herbst 1970 hatten von der CIA bewaffnete Offiziere den loyalen Armeechef ermordet.

Der nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Richard Nixon war zu dieser Zeit der in Fürth geborene Henry Kissinger. Er hatte seinen Chef schon drei Jahre zuvor davon überzeugt, dass es „eine sehr ernste Bedrohung unserer Interessen und Position in der Hemisphäre“ bedeute, wenn Allende seine Macht konsolidieren könnte. Die Herren im Weißen Haus sahen Lateinamerika als ihren Hinterhof an.

Bei dem gerade an seinem hundertsten Geburtstag im Freien Westen als großer Staatsmann gefeierten Henry Kissinger handelt es sich um einen lupenreinen Kriegsverbrecher. Zusammen mit Präsident Nixon befahl er 1969 die geheime und völkerrechtswidrige Bombardierung des neutralen Kambodschas im Zweiten Indochinakrieg; vorwiegend mit Clusterbomben, die derzeit von den USA wieder an die Ukraine geliefert wurden, auch wenn die Konvention zu ihrem Verbot inzwischen 111 Länder ratifiziert haben.

Die US-Intervention in Chile begründete Kissinger so: „Ich sehe nicht ein, warum wir untätig zusehen sollten, wie ein Land wegen der Verantwortungslosigkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird.“ So ähnlich sah es auch die westdeutsche Rechte. Während Zehntausende chilenische Linke im Nationalstadion von Santiago interniert waren, erklärte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß: „Angesichts des Chaos, das in Chile herrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.“

Für diejenigen hingegen, die in den 1960er und 1970er Jahren begonnen hatten, für eine gerechtere Welt zu kämpfen, war der Militärputsch in Chile ebenso ein Schock wie für die Kader in den sozialistischen Ländern unter Führung der Sowjetunion. Er zeigte, dass die Führung ein Volk, das auf einem friedlichen, demokratischen Weg eine sozialistische Gesellschaft schaffen will, notfalls mit Waffengewalt stoppt, um den Kapitalismus zu retten, und dabei von der Führungsmacht des Freien Westens und seinen Geheimdiensten unterstützt wird.

Der Putsch wurde zu einem Trauma der Linken, Pinochet und seine Junta ließen mehr als 3.000 Oppositionelle ermorden. Die internationale Linke zog unterschiedliche Lehren aus dem chilenischen Desaster. Die Kommunisten Moskauer Prägung hielten an der Möglichkeit des friedlichen Wegs zum Sozialismus fest, den Linksradikalen galt die chilenische Entwicklung als Beweis dafür, dass der Kapitalismus nur mit Waffengewalt erfolgreich zu überwinden sei.

Was noch verschärfend hinzukam: Chile wurde schnell zum Experimentierfeld für eine radikale Gruppe von US-Ökonomen: Monetaristen, später Neoliberale genannt. Seit 1956 existierte ein Austauschprogramm für Ökonomiestudierende aus Chicago und Santiago de Chile, größtenteils finanziert von der Ford Foundation, in dessen Rahmen die Chilenen den Marktradikalismus der Chicago Boys kennen und schätzen lernten.

Im April 1975 überzeugte der US-Ökonom Milton Friedman Pinochet von der Notwendigkeit einer neoliberalen Schocktherapie für Chile, die umfassende Privatisierungen mit sich brachte. Friedman fungierte forthin als Wirtschaftsberater der Militärjunta, etliche Jahre bevor Margaret Thatcher und Ronald Reagan der asozialen Wirtschaftslehre weltweit zum Durchbruch verhalfen.

Die DDR nahm nach dem Putsch rund 2.000 Flüchtlinge aus Chile auf, vorwiegend Genossen der Kommunistischen Partei; andere chilenische Linke erhielten in der Bundesrepublik Asyl. In Westberliner WG's gehörte es zum guten Ton, chilenische Flüchtlinge aufzunehmen. Doch die bundesdeutsche Politik war gespalten in Kritiker und Befürworter der Diktatur. Folgerichtig hatten die Genossen, die im Juni 1974 beim Fußballspiel Chile versus BRD gegen die Junta protestierten, auch ein Transparent dabei, auf dem gefordert wurde: „Aufenthalt für alle Chile-Flüchtlinge!“

Michael Sontheimer. Jahrgang 1955, war Mitgründer der taz, später Chefredakteur. Er gehört zum Kuratorium der taz Panter Stiftung

Impressum

Konzeption: Ole Schulz & Caroline Kim Redaktion: Bernd Pickert & Gemma Terés Arilla Layout: Ali Arab Purian Fotoredaktion: Erik Irmer Anzeigen: Sönke Tümmler
Die Beilage ist ein Projekt der taz Panter Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Stiftung Umverteilen



Lelia Pérez, ehemaliges MIR-Mitglied: Gefoltert im Stadion und in der Villa Grimaldi

Ich sehe mich als Überlebende, nicht als Opfer. Als der Putsch kam, war ich 16 Jahre alt und Mitglied der Linken Revolutionären Bewegung (MIR). Ich schrieb an dem Tag eine Klassenarbeit in der Schule und war nervös, weil ich nicht gelernt hatte.

Der Unterricht wurde unterbrochen und wir hörten im Radio die letzte Rede des Präsidenten Allende. Er verabschiedete sich. Wir sahen von einem Turm des Schulgebäudes zu, wie die Luftwaffe das Regierungsgebäude La Moneda bombardierte. Einige meiner Klassenkameraden waren Kinder von Parlamentariern und von Politikern, die mit dem Präsidenten im Regierungsgebäude waren. Als wir die Schule verließen, war die Hauptstraße Alameda voll mit Soldaten. Es gab keine Busse, keinen Transport. Wir hörten Schüsse, Sirenen und Helikopter.

Keine 24 Stunden später wurde ich verhaftet. Die Carabineros zwangen uns, uns mit dem Gesicht nach unten auf die Straße zu legen, die Hände nach oben gestreckt. Sie liefen über uns drüber und schlugen auf uns ein. In diesem Moment erfuhr ich, dass der Präsident tot war.

Sie brachten mich ins Nationalstadion, das heute Estadio Víctor Jara heißt. Als ich das Sta-

dion betrat, überschritt ich die Schwelle ins Unbekannte. Ich zitterte am ganzen Körper. Insgesamt war ich drei Tage dort. Ich hatte kein Zeitgefühl, denn sie hatten uns die Uhren weggenommen. Sie experimentierten an uns und probierten ihre Foltermethoden aus. Als sie mich frei ließen, halfen mir Prostituierte, denn in der Nähe war ein Bordell. Sie wuschen mich, gaben mir Kleidung und Geld für den Bus. Ich ging nach Hause.

Ich beendete die Schule und betätigte mich weiter politisch im Untergrund. Viele gingen ins Exil, aber die MIR vertrat eine Anti-Exil-Politik. Ich half denen, die sich verstecken mussten, ich brachte sie von einem Ort zum anderen, um ihr Leben zu retten. Wir lebten in ständiger Angst.

Im Oktober 1975 wurde ich zum zweiten Mal verhaftet, diesmal von der DINA, Pinochets Geheimpolizei. Sie brachten mich in die Villa Grimaldi. Dort wurde ich gefoltert und verhört. Meine Familie suchte mich, für sie war ich eine Verschwundene. Im Dezember brachten sie mich ins Konzentrationslager Tres Álamos, wo ich bis September 1976 gefangen war. Als sie mich freiließen, richteten sie ein Gewehr auf mich und sagten: Du hast 30 Tage Zeit, um das Land zu verlassen.

Protokoll: Sophia Boddenberg

Sibylle Riedmiller, Helferin mit Diplomatenpass: Unter Folter verraten

Kurz nach dem Putsch kam ich mit einem Unesco-Job nach Chile, als Mitglied des Berliner Chile-Komitees meine erste Wahl – wegen Allende. Meinen Vertrag unterschrieb ich im August 1973, für Ausreise im Oktober, im September kam dann der Putsch. Ich hätte kündigen können, aber das Chile-Komitee brauchte Leute, die in Chile noch unbekannt waren. Ein guter Freund, Rolf Rosenbrock, kam auch, wir wohnten ein Jahr lang zusammen und spielten zur Tarnung ein Paar. Das Ehepaar Paas lernte ich dort kennen – zusammen nannte man uns im Untergrund die „4 Alemanes“.

Leben in Chile nach dem Putsch bedeutete Ausgangssperre, die nächtliche Grabesstille unterbrochen von Schüssen, Hubschrauber flogen niedrig über die Dächer, im Büro am nächsten Tag Einschusslöcher an den Wänden, im Mapocho-Fluss Leichen, die von Anrainern heimlich am Ufer begraben wurden.

Die ersten Monate arbeiteten wir vor allem als Fluchthelfer für Amnesty International mit dem damaligen (im Gegensatz zu seinem Nachfolger) humanitär engagierten deutschen Botschafter. Er organisierte zum Beispiel Empfänge, wo wir bedrohte Chilenen fein gekleidet im Auto mitbrachten. Das Militär bewachte den Eingang, merkte aber nicht, wenn hinterher weniger Leute rauskamen. In der Residenz lebten bald bis zu 80 Chilenen mit dem Botschafter in einer großen Wohn-gemeinschaft, die Matratzen stapelten sich in der Eingangshalle bis an die Decke.

Wir arbeiteten auch eng mit der deutschen Presse. Rolf Pflücke, ein Studienfreund und Lateinamerika-Korrespondent deutscher Sender, war sehr an Lageberichten, Kontakten und Zeugenaussagen interessiert, die wir liefern konnten. Seine eindrücklichen Reportagen für die „Tagesschau“ und politischen Magazine sind heute im Erinnerungsmuseum in Santiago zu sehen.

Mein Job erforderte Auslandsreisen, ideal für Kurierdienste für den chilenischen Untergrund. Im Unesco-Büro wusste niemand davon, viele chilenische Kollegen waren Anhänger der Junta, und der UN-Arbeitsvertrag verpflichtete zu politischer Neutralität.

Nach fast zwei Jahren flog ich auf. Ich hatte für den Generalsekretär der Sozialisten Geld nach Chile geschmuggelt, 45.000 Dollar. Am Treffpunkt für die Übergabe überfielen mich vier Agenten des Geheimdienstes. Sie sprangen zu mir ins Auto, zogen mir eine Kapuze über, hielten mir eine Knarre an den Kopf, griffen sich das Geld und wir fuhren aus der Stadt. Mitten in der Wüste ließen sie mich stehen, es ging ihnen offenbar nur ums Geld, mein Diplomatenpass half auch.

Hinterher hörte ich, dass der Generalsekretär inzwischen verhaftet worden war und mich wohl unter Folter verraten hatte. Ich musste sofort ausreisen. Jahrzehnte später erfuhren wir, dass er mit vielen uns bekannten Chilenen in der deutschen Sektorkolonie Colonia Dignidad unter Folter umgebracht wurde.

Protokoll: Martin Kaluza

Svenja Berg*, Stipendiatin in Valparaíso: Als „Kommunistin“ verdächtigt

Nach meinem Studienabschluss reiste ich mit einem Stipendium nach Chile. Am Tag des Militärputsches war ich in einem Dorf nördlich der Hafenstadt Valparaíso. Zwei einschneidende Erfahrungen prägten die nächste Zeit: 1. Der völlige Zusammenbruch von bisher gültigen Regeln. 2. Die Erfahrung von brutaler Willkür und Gewalt.

Am Tag des Putsches schien alles Leben wie erstarrt! Alle Ausländer mussten sich umgehend bei der Polizei melden. Ich zeigte dort meinen Pass aus der Bundesrepublik. Auf die Frage des Polizisten, wo ich leben würde, sagte ich: In Berlin. Sofort konterte er: „Comunista!“ und ich wurde festgehalten! Ich versuchte, ihn auf die geteilte Stadt Berlin hinzuweisen – kein Erfolg! Mein Pass wurde beschlagnahmt. Man fuhr mich ins Hotel, um dort mein Zimmer zu durchsuchen. Als man mein Buch von Klaus Eßer fand – „Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut“ –, war für sie endgültig klar, dass ich „Comunista“ sei ...

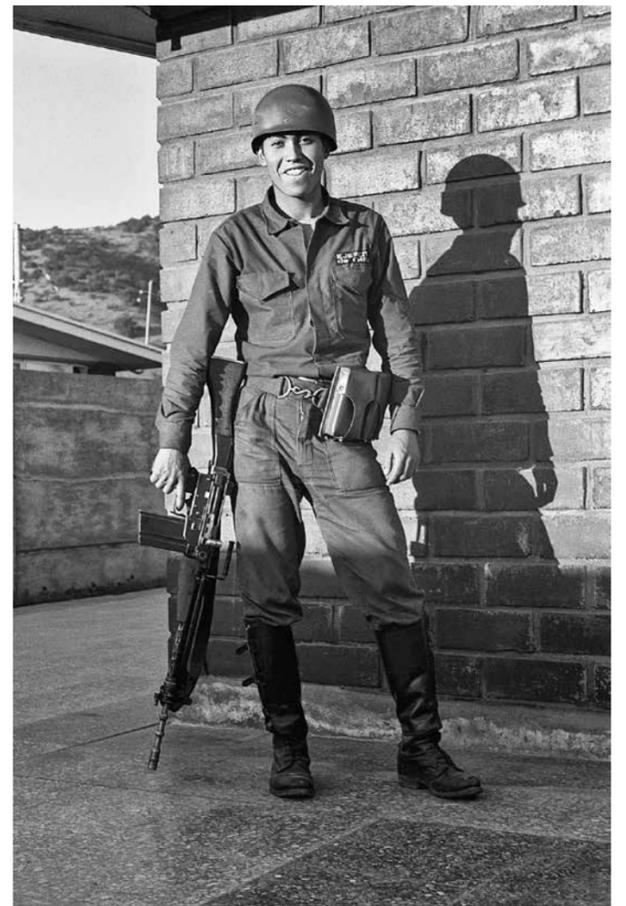
Am nächsten Tag wurde ich zum Hafen von Valparaíso gebracht und auf dem Schiff „Esmeralda“ abgesetzt, unter dessen Deck bereits viele Männer zusammengepackt lagen. Immer wieder wurde ein Gefangener brutal zu zusammengeschla-

gen. Soldaten trieben ihn im Laufschrift zu einer Tür und stießen ihn eine steile Eisentreppe hinunter, die er schreiend auf den Rippen hinabrutschte.

Wir hörten oft, wie gefoltert wurde: In die dumpfen Geräusche der getretenen Körper und die Schreie stimmten die Soldaten mit Gebrüll ein. Irgendwann wurden die Gefangenen zurückgebracht und wimmernd auf eine Matratze gestoßen. Ich sah Männer, deren Kleidung am Rücken blutig und zerrissen und das rohe Fleisch zu sehen war. Das ging die folgenden Nächte so weiter. Die Tochter eines Abgeordneten wurde ebenfalls heftig gefoltert. Ich kam mit ein paar Tritten und Schlägen mit dem Gewehrkolben davon.

Am fünften Tag wurden alle gefangenen Frauen zum Schiff „Lebu“ gebracht und dort in einer winzigen Kabine zusammengepackt. Tagelang mussten wir schweigen. Wenn jemand mit verbundenen Augen zum Verhör weggebracht wurde, hörten wir durch das Röhrensystem des Schiffes verzweifelte Schreie. Wenn die Frauen irgendwann zurückkamen, waren sie vor Angst erstarrt oder weinten heftig. – Nach elf Tagen wurde ich durch Intervention der Deutschen Botschaft befreit. *Name geändert (d. Red.) Protokoll: Martin Kaluza

Der Fotograf José Giribás war im September 1973 in Santiago de Chile und schreibt zu seinen Bildern: „Eine Militärpatrouille kam einige Tage nach dem Militärputsch zu mir nach Hause in meine Wohnung. Ich dachte, sie wollten mich abholen – aber nein, sie wollten sich nur fotografieren lassen.“ Die Fotos von José Giribás sind Teil der Ausstellung „Chile im Umbruch – 50 Jahre danach“ im Berliner Willy-Brandt-Haus, bis 5. November Fotos: José Giribás



Amaro Labra, Gründer der Band Sol y Lluvia: Mit verbundenen Augen von Carabineros verschleppt

Der Tag des Putsches war seltsam. Die Waffen, über die der bewaffnete Widerstand angeblich verfügte, existierten nicht. Ich beschloss, in mein Viertel Vicente Navarrete zu gehen. Ich war der Meinung, dass wir aufklären mussten. Mein Bruder Charles und ich beschlossen, dass Musik, Bilder und Worte die Mittel waren, mit denen wir uns politisch engagieren wollten. 1978 gründeten wir die Musikgruppe Sol y Lluvia (Sonne und Regen). Wir gingen zu den Protesten und brachten viele Menschen durch die Musik zusammen. Unsere Trommel markierte den Beginn der Protestmärsche. In den Vierteln entstand eine Widerstandsbe-

wegung, zu der die Musik und auch die *ollas comunes*, die Gemeinschaftskochtöpfe, gehörten. 1978 war ich in Hornos de Lonquén, als dort die Überreste von verschwundenen Gefangenen gefunden wurden. Zum ersten Mal gab es einen Beweis dafür, dass sie existierten. Daraufhin schrieb ich ein Lied mit dem Titel „Lonquén“. Dieses Lied zeigt, was unsere Musik war: Ein rhythmisches Spiel, das fröhlich wirkte, aber in Wirklichkeit eine Anklage war. Wir spielten in vielen Stadtvierteln, bei Gewerkschaften und an den Universitäten. Das Militär und die Polizei versuchten, die Leute davon abzuhalten, zu den Konzerten zu gehen, aber sie gingen trotz-

dem hin. Ich glaube, die Kultur war ein starker Widerstand gegen die Diktatur.

Wir hatten das Gefühl, in einem ständigen Gefängnis zu sein. An einem 11. September während der Diktatur gingen wir mit meinem Bruder los, um Plakate aufzuhängen, und wurden von den Carabineros verhaftet. Sie brachten uns auf eine Polizeistation, wo sie uns nackt auszogen. Dann wurden wir mit verbundenen Augen an einen anderen Ort verschleppt. Ich weiß bis heute nicht, wohin. Dort waren wir zwei Tage lang. Mein Bruder sagt, dass sie Elektroschocks angewandt haben. Ich kann mich an nichts erinnern.

Nach zwei Tagen haben sie uns mit verbundenen Augen und gefesselt auf die Straße gesetzt. Wir dachten, sie würden uns erschießen. Aber sie hatten uns direkt neben unserem Haus freigelassen.

Wir machten weiter Musik. Als wir bei den Konzerten das Lied „Adiós General“ sangen, erschreckten die Leute zuerst. Aber dann sprangen sie auf und ab und sangen mit. Bis heute wird das Lied auf Demonstrationen gesungen. Mir persönlich wäre es lieber, wenn es nicht mehr gesungen werden müsste. Die Tatsache, dass immer noch die gleichen Lieder gesungen werden, zeigt, dass es keine tiefgreifende Veränderung gegeben hat.

Protokoll: Sophia Boddenberg

Anzeige

Fk WBH Freundeskreis Willy-Brandt-Haus

chile im Umbruch – 50 Jahre danach 8.9.–5.11.2023 Willy-Brandt-Haus

© Marucela Ramirez www.fkwbh.de

Der andere 11. September vor 50 Jahren

„Nie wieder“
Illustration:
Mono González

Am 11. September 1973 stürzten Chiles Militärs die gewählte linke Regierung des Präsidenten Salvador Allende. Was folgte, waren Folter und Mord – und ein radikaler Umbau der Gesellschaft

Von Urs Müller-Plantenberg

Das Land war eine Hoffnung. Nach dem gescheiterten Ungarnaufstand von 1956 und dem Prager Frühling, dem von Truppen des Warschauer Paktes 1968 ein Ende bereitet wurde, schien es, dass der demokratische Sozialismus in Chile eine neue Chance bekommen würde.

Sechs Parteien hatten sich 1970 für die Präsidentschaftswahlen in Chile zur *Unidad Popular* („Volkseinheit“) zusammengeschlossen und auf den Arzt Salvador Allende als Kandidaten geeinigt: Allendes Sozialistische Partei, die Kommunistische, die Radikale und die Sozialdemokratische Partei sowie zwei linke Abspaltungen von der Christdemokratischen Partei.

In der Wahl erhielt Allende nur eine relative Mehrheit gegenüber dem konservativen Kandidaten Jorge Alessandri, aber in der Stichwahl im Kongress setzte er sich dank der Unterstützung durch die Christdemokraten durch. An Feinden fehlte es von Anfang an nicht. Henry Kissinger, Nationaler Sicherheitsberater und ab September 1973 Außenminister der USA, und der Geheimdienst CIA unternahmen alles, um Allendes Wahl zu verhindern und, als das nicht gelang, ihn zu stürzen.

Das erste Jahr der Regierungszeit verlief jedoch ziemlich günstig für die *Unidad Popular*. Massive Einkommensumverteilung zugunsten der Armen

führte zu einem starken Nachfrageschub und zu einem gewissen Wirtschaftswachstum. Dass Kartoffeln, Bohnen und Zigaretten um rund 50 Prozent mehr nachgefragt wurden, zeigte nur, wie verbreitet die Armut vorher war. Es bedeutete aber auch, dass Versorgungsgespäße unvermeidlich wurden.

Im zweiten Jahr wurde Chile zu einem Laboratorium des Klassenkampfes, der immerheftiger geführt wurde. Und zwar vor allem vonseiten der wohlhabenderen Schichten. Damen aus den besseren Vierteln zogen auf leere Kochtöpfe schlagend durch die Straßen. 1972 organisierte der Verband der Fuhrunternehmer einen Streik, der die Versorgung der Bevölkerung völlig lahmlegen sollte.

Bei Parlamentswahlen im März 1973 erhielten die Parteien der *Unidad Popular* 43 Prozent der Sitze und verhinderten damit eine Zweidrittelmehrheit der Opposition, die zur Abwahl Allendes nötig gewesen wäre. Wegen der Befürchtungen, dass es einen Putsch geben könne, berief Allende 1973 führende loyale Militärs in die Regierung. So wurde der Oberbefehlshaber des Heeres, General Prats, zum Innenminister ernannt. Dessen umsichtiges Eingreifen vereitelte Ende Juni 1973 einen Putschversuch. Dadurch fühlten sich die Parteien der *Unidad Popular* noch sicherer, dass ein Putsch verhindert werden könnte.

General Prats wurde in dieser Zeit von Generalgattinnen so heftig als „Feigling“ beschimpft, dass er schließlich zurücktrat und Allende empfahl, seinen Stellvertreter, den als loyal geltenden General Augusto Pinochet zum neuen Oberbefehlshaber des Heeres zu ernennen. Damit war das Schicksal der *Unidad Popular* besiegelt. Allende beschloss, in die Offensive zu gehen und am 11. September 1973 eine Volksabstimmung anzukündigen. Daraufhin verlegten die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte den Termin des ursprünglich für später geplanten Putsches auf diesen 11. September vor.

Salvador Allende konnte an diesem Morgen noch in den Präsidentenpalast, die Moneda, fahren. Von hier aus sandte er, als das Gebäude bereits bombardiert wurde, noch eine Radiobotschaft an sein Volk: „Mit Sicherheit ist dies die letzte Gelegenheit, mich an Sie zu wenden. [...] In diesem historischen Moment werde ich die Treue zum Volk mit meinem Leben bezahlen. [...] Sie haben die Macht, sie können uns überwältigen, aber sie können die gesellschaftlichen Prozesse nicht durch Verbrechen und nicht durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte gehört uns und sie wird durch die

Völker geschrieben. [...] Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Arbeiter! Dies sind meine letzten Worte und ich bin sicher, dass mein Opfer nicht umsonst sein wird.“

Während die Luftwaffe Angriffe auf die Moneda flog und Teile des Gebäudes zerstörte, wies Allende seine Begleiter an, den Palast zu verlassen. Wie erst später eindeutig festgestellt wurde, erschoss er sich dann selbst mit einer Waffe, die ihm Fidel Castro geschenkt hatte.

Die Gegner des Putsches wurden von Anfang an unnachgiebig verfolgt. Hunderte wurden ermordet, Tausende gefoltert, Zehntausende in Konzentrationslagern verbracht. Die DINA, der Geheimdienst der Putschisten, operierte auch im Ausland. So wurden General Prats in Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires, der ehemalige sozialistische Außenminister Orlando Letelier in Washington und der beliebte linke Christdemokrat Bernardo Leighton in Rom auf offener Straße erschossen.

„Ich bin sicher, dass mein Opfer nicht umsonst sein wird“

Salvador Allende in seiner letzten Radiobotschaft an dem bombardierten Präsidentenpalast am 11. September 1973

Die Gewaltenteilung wurde aufgehoben: die legislative und die exekutive Gewalt lagen nun allein bei der Junta. Sollten Gesetze gegen die bisherige Verfassung verstoßen, so sollten sie automatisch als verfassungswidrig gelten.

Als die Generäle 1973 die Macht übernahmen, gab es zwar schon einen fertigen Plan für eine neoliberale Wirtschaft, aber er war den Militärs nicht bekannt. Deren Hauptmotiv war die „Ausmerzungen des marxistischen Krebsgeschwürs“, wie das der Luftwaffengeneral Gustavo Leigh nannte. Sehr bald aber wurde klar, dass die Militärjunta politisch mehr wollte als nur eine Wiederherstellung der Situation, wie sie vor der Wahl Allendes geherrscht hatte. Hernán Cubillos von der Geschäftsleitung der Tageszeitung *El Mercurio*, des Zentralorgans der chilenischen Großbourgeoisie, empfahl den Admirälen wärmstens eine Gruppe von Ökonomen, deren Mehrheit von der Katholischen Universität kam, Abschlüsse von der Universität Chicago hatte und insgeheim seit 1972 einen Plan für

die Destabilisierung und den Sturz der linken Regierung ausgearbeitet hatte, der außerdem auch ein Regierungsprogramm für diesen Fall enthielt. Eine Untersuchungskommission des US-Senats hat später bekannt gemacht, dass die Gelder für die Aktivitäten dieser Mannschaft von der CIA bereitgestellt wurden.

Bis Anfang 1975 hatte die Mannschaft aus Chicago aber schwer um die Kontrolle der Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Die mit der Wirtschaft beauftragten Militärs widmeten am Anfang ihre Hauptanstrengungen dem Ausgleich des Staatshaushalts und der Verminderung der Inflation. Auch das erste vornehmlich von Zivilisten gestellte Wirtschaftsteam bekräftigte die Absicht, die Inflation durch gemäßigte Schnitte im Staatshaushalt zu vermindern, weil man fürchtete, dass drastische Lösungen katastrophale Ergebnisse zeitigen würden.

Die wurden dann tatsächlich mit der „Schockbehandlung“ erreicht, die im April 1975 unter Führung der „Chicago Boys“ eingeleitet wurde. Die „schrittweise“ Inflationsbekämpfung wurde verworfen und die Kürzung des Staatshaushalts drastisch verstärkt. Die Maßnahmen stürzten die Wirtschaft in eine tiefe Rezession, während derer das Bruttoinlandsprodukt um 12,9 Prozent sank.

Zwischen 1973 und 1980 wurden buchstäblich alle Kontrollen der Regierung über die Einzelhandelspreise abgeschafft; nur die Löhne, also die Preise für die Ware Arbeitskraft, blieben streng kontrolliert. Die Rolle des Staates wurde drastisch zurückgefahren. Zwischen 1973 und 1979 gingen die Regierungsausgaben von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 26 Prozent zurück.

Anschließend konzentrierten die Chicago Boys ihre Anstrengungen darauf, die Logik des Marktes auf die Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen auszudehnen. Das bedeutete die

Privatisierung der grundlegenden sozialen Dienste im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und in der Sozialversicherung, die Ausarbeitung eines „Plan Laboral“, der dazu bestimmt war, mittels der Repression der existierenden Gewerkschaften, eine freie Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln.

Der Einfluss der Chicago Boys auf den Diskurs der regierenden Militärs wurde immer offenkundiger. Schockbehandlung und die Einschränkung des Staatsapparates hatten verheerende Wirkungen auf die Mittelklasse und ihre Entwicklungsaussichten; gleichzeitig war die Arbeitslosigkeit auf bis dahin unbekannte Höhen von weit über 30 Prozent gestiegen. Sozialen Kosten dieser Größenordnung hätte man unter demokratischen Verhältnissen nicht entgegenreten können. Der Autoritarismus war also für die neoliberale „Revolution“ ein lebenswichtiges Element.

Von der Klassenneutralität, derer sich der „wissenschaftliche“ Neoliberalismus so sehr

rühmte, konnte dabei keine Rede sein. Das Zerstörungswerk war verbunden mit einer beispiellosen Umverteilung zu Ungunsten der ärmeren Schichten. Chile wurde eins der Länder in der Welt, in denen Einkommen und Vermögen am ungleichsten verteilt sind.

Das bleibende Ergebnis der neoliberalen „Revolution“ besteht aber vor allem darin, in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine Atomisierung der Gesellschaft hervorgebracht zu haben, wie sie in Chile viele Jahrzehnte lang nicht bekannt gewesen war. Die Menschen sind mit aller Macht dazu gebracht worden, nur noch das eigene persönliche Wohlergehen zum Maßstab aller Dinge zu machen. Solidarität, im Chile vor 1973 eine sehr verbreitete Tugend – war nicht mehr gefragt.

Urs Müller-Plantenberg, Jahrgang 1937, Soziologe, war 1973 Mitbegründer der Zeitschrift „Chile Nachrichten“ (heute „Lateinamerika Nachrichten“).



Anzeige

MEMORIA VIVA

**LATEINAMERIKA
IM AUFBRUCH**

Buchvorstellungen, Vorträge, Filme und Gespräche ab 10. September

unter anderem mit

21. September - **Dorothee Weitbrecht**
(Historikerin und Geschäftsführerin der Elisabeth Käsemann Stiftung)

24. September - **Carlos Margotta**
(Präsident der Chilenischen Menschenrechtskommission)

17. Oktober - **Jorge Montealegre**
(Autor, Journalist und Überlebender des Estadio Nacional de Chile)

24. Oktober - **Héctor Abad Faciolince**
(Kolumbianischer Autor und Schriftsteller)

30. November - **Juan Garcés**
(Spanischer Rechtsanwalt und Pinochet-Ankläger)

Infos: www.fritz-bauer-forum.de

Die Frage der Plurinationalität bleibt weiterhin ungelöst

Staat, Betriebe und Mapuche kämpfen um Land

Von **Paula Huenchumil**

Seit über 500 Tagen sind die Streitkräfte im Süden Chiles im Einsatz, im Wallmapu, dem angestammten Territorium der Mapuche, das sich über die Region Araucanía sowie zwei Provinzen der Nachbarregion Bío Bío erstreckt. Das liegt daran, dass Chiles Parlament eine erneute Verlängerung des Ausnahmezustands in der sogenannten Makrozone Süd beschlossen hat, laut Parlamentswebseite „wegen der Gewalttaten im ländlichen Raum“.

In dieser Zone gibt es einen historischen Landstreit zwischen dem chilenischen Staat, einigen Gemeinschaften der Mapuche und der Forstindustrie, die seit der Militärdiktatur (1973–1990) Ländereien ausbeutet, die von den Mapuche als ihr angestammtes Territorium angesehen werden. Vor diesem Hintergrund nehmen Forderungen nach Land und Landbesetzungen seitens der indigenen Gemeinschaften zu. Das ist ein entscheidender Teil des Konflikts, den der Staat bis heute nicht gelöst hat. Dazu kommen Brandanschläge auf Fahrzeuge und Ländereien der Forstindustrie sowie die Inhaftierung von Mapuche aus politischen Gründen. Im Gefängnis der südchilenischen Stadt Angol sind sie bereits seit 100 Tagen im Hungerstreik und fordern die Anerkennung ihrer „politischen, territorialen, kulturellen und spirituellen Rechte“.

Der Ausnahmezustand, gleichbedeutend mit einer Militarisierung des Mapuche-Gebiets, wurde erstmalig im Oktober 2021 von der damaligen rechtsgerichteten Regierung von Sebastián Piñera verhängt. Sieben Monate später erklärte die derzeitige Mitte-links-Regierung von Präsident Gabriel Boric einen „begrenzten“ Ausnahmezustand in der Zone, obwohl Boric sich während seines Wahlkampfs noch gegen diese Maßnahme ausgesprochen hatte. Die Militarisierung und die auf Sicherheit und Repression ausgerichtete Politik haben das Misstrauen verschiedener Mapuche-Gemeinschaften verstärkt, denn aus ihrer Sicht zielen diese Maßnahmen nicht auf die Behebung der politischen Ursache des Konflikts, nämlich den vom chilenischen Staat seit dem 19. Jahrhundert begangenen Raub am Mapuche-Territorium. Der Staat bediente sich Mitteln wie Versteigerungen, notariellen Tricks und der Umsiedlung von Mapuche auf kleine Parzellen, wie der Forscher Martín Correa im Interview mit der chilenischen Zeitung *Interferencia* erklärt.

Die chilenische Agrarreform im 20. Jahrhundert hatte zum Ziel, den Großgrundbesitz zu überwinden und die prekären Lebensbedingungen der Bauern zu verbessern. Im Zuge der Reform wurden Landfragen zu einem wichtigen Eckpfeiler staatlicher Politik, aber auch zum Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Sektoren der Gesellschaft. Während der Regierungszeit des Wahlbündnisses aus linken Parteien, der Unidad Popular, bewirkte der Präsident Salvador

Allende wesentliche Veränderungen durch das Gesetz Ley Indígena Nr. 17.729, das 1972 zum ersten Mal die ethnische Identität berücksichtigte.

Laut dem mapuche-chilenischen Journalisten Pedro Cayuqueo hat die Allende-Regierung den Mapuche-Gemeinschaften schätzungsweise 152.416 Hektar Land übergeben und damit ein historischer Prozess der Wiedergutmachung begonnen. Nach dem Putsch vom 11. September 1973 wurden die Gebiete jedoch wieder ihren Vorbesitzern übergeben. Während der Diktatur, im Jahr 1979, wurde durch das Dekret Nr. 2.568 die Aufteilung der gemeinschaftlichen Landtitel vorangetrieben und das Volk der Mapuche wurde um große Landflächen gebracht, was erneut Armut, Repression und Ausplünderung bedeutete. Unter Augusto Pinochet wurden Mapuche ermordet, sie verschwanden oder wurden ins Exil getrieben und verfolgt – darüber hinaus wurde ihr gemeinschaftliches Zusammenleben durch die erzwungene Aufteilung ihres Landes größtenteils zerstört.

Während das Land nach der von Pinochet angeführten zivilmilitärischen Diktatur zur Demokratie zurückkehrte, kamen 1989 von dem damaligen Präsidentschaftskandidaten und später Präsidenten Patricio Aylwin Azócar Versprechungen. „Viele von uns hatten Hoffnung, aber das Wichtigste war, den Diktator loszuwerden“, erinnert sich der Lonko (Autoritätsperson der Mapuche) José Painaqueo Pailán. In jenem Jahr verpflichtete sich Aylwin gegenüber indigenen Organisationen der Mapuche, Huilliche, Aymara und Rapa Nui in der sogenannten Vereinbarung von Nueva Imperial zur „verfassungsmäßigen Anerkennung der indigenen Völker“ – ein Versprechen, das er nie einlöste. Zudem sagte er die Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation zu, was erst 2008 umgesetzt wurde. Der einzige tatsächliche Fortschritt unter Aylwin war die Verabschiedung der Ley Indígena Nr. 19.253, des Gesetzes für „Schutz, Förderung und Entwicklung der Indigenen“, welches 1993 die Gründung der Nationalen Gesellschaft für indigene Entwicklung (Conadi) nach sich zog.

„Was die Anerkennung indigener Rechte angeht, gehört Chile zu den Schlusslichtern in Lateinamerika“, schreibt dazu die Forscherin Verónica Figueroa Huéncho bei dem Onlinemedium *Ciper*. 2021 wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, die die seit 1980 geltende aus Diktaturzeiten ersetzen sollte. Dabei wurde auch über Plurinationalität diskutiert, eine der Hauptforderungen der Großdemonstrationen der sozialen Revolte im Oktober 2019. Diese Mobilisierung ermöglichte es, eine Mapuche-Frau, Elisa Loncón, zum ersten Mal als Leiterin der verfassunggebenden Versammlung zu wählen. Der schließlich beschlossene Verfassungstext wurde jedoch in einem Plebiszit abgelehnt. Derzeit läuft ein neuer Prozess zur Ausarbeitung einer Verfassung, der von der extremen Rechten dominiert wird.

Aus dem Spanischen: *Martin Schäfer*

Geister, die uns weiter umtreiben

50 Jahre nach dem Putsch von 1973 steht Chile vor großen Unsicherheiten – ein gescheiterter Verfassungsprozess und der fehlende Bruch mit dem fortwährenden Erbe der Vergangenheit

Von **Gloria Elgueta**

Als Gabriel Boric im Dezember 2021 zu Chiles neuem Präsidenten gewählt wurde, versprach er, die großen Probleme des Landes anzugehen: Sicherheit und öffentliche Ordnung unter Wahrung der Bürger*innenrechte. Zu der Reihe an Maßnahmen, die Boric vorstellte, gehörte auch die Neugründung der chilenischen Militärpolizei, den Carabineros. Diese war seit Jahren kontinuierlich in die Kritik geraten: 2017 durch einen Korruptionsskandal und die massive Veruntreuung öffentlicher Gelder, später durch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gegen die indigenen Mapuche und schließlich auch gegen Demonstrierende bei der sozialen Revolte von 2019.

Mit einem Blick auf diese Zustände überrascht das Lob, das der Stabsleiter beim deutschen Bundeskriminalamt (BKA), Sigurd Jäger, für die Carabineros übrig hatte. Jäger erklärte Anfang 2022 öffentlich, er habe einen „sehr positiven Eindruck“ von dieser Organisation, „gut strukturiert, qualifiziert, sehr professionell in diversen Bereichen“. Anlass für Jägers Erklärung war eine Fortbildung zu organisierter Kriminalität, Drogenhandel und Cyberkriminalität, die im Januar 2022 in Chile stattfand. Die Zusammenarbeit deutscher und chilenischer Sicherheitsbehörden wurde noch unter dem rechten Vorgängerpräsidenten, Sebastián Piñera, beschlossen und im Jahr 2022 unter Präsident Boric verlängert.

Inzwischen sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Statt einer Neugründung der Carabineros wird nun unter Boric eine „Reform“ der Institution angestrebt. Praktisch bedeutet das vor allem eine Stärkung: So flossen 2023 große Teile des riesigen Haushalts für Sicherheit und Ordnung – 4,4 Prozent mehr als 2022 – in die Töpfe der Carabineros. Auch das kürzlich verabschiedete Gesetz zur „bevorzugten legitimen Verteidigung“, auch „Finger-am-Abzug-Gesetz“ genannt, ist als bedingungslose Rückendeckung für die Carabineros zu verstehen, auch wenn im Einsatz Menschen erschossen werden. Weil das Gesetz Sicherheitskräften juristische Immunität gewährt, stößt es bei zahlreichen Menschenrechtsorganisationen, Rechtsexpert*innen und Kriminolog*innen auf Ablehnung.

Der wichtigste Grund für die Kritik ist, dass das Gesetz in bestehende Rechtsnormen eingreift und die Ungleichheit vor dem Gesetz verankert: Einerseits erwarten Personen, die für Angriffe auf Polizist*innen und Militärs angeklagt sind, nun höhere Strafen. Andererseits sichert das Gesetz Sicherheitskräften institutionalisierte Straffreiheit oder -minderung zu, wenn sie im Rahmen ihrer Arbeit Waffen einsetzen. Diese Regelung ist den Rechtsnormen, von denen Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen in der Diktatur profitiert haben, sehr ähnlich.

Boric Regierung und die rechte Opposition haben sich außerdem darauf

geeinigt, noch in diesem Jahr 31 weitere Gesetzesvorhaben zu Sicherheit und öffentlicher Ordnung zu verabschieden. Dazu zählen etwa die Gründung eines Sicherheitsministeriums sowie der Ausbau staatlicher Geheimdienste und Gefängnisse. Zu dem Maßnahmenpaket gehört auch die Verlängerung des Ausnahmezustands im Gebiet der Mapuche. Dieser war auf Borics Antrag hin vom chilenischen Kongress verhängt worden. Hatte sich Chiles Präsident früher geweigert, bewaffnete Handlungen von Mapuche-Gruppierungen als „terroristisch“ einzustufen, rechtfertigt er Monate nach Amtsantritt den Ausnahmezustand mit „Handlungen mit terroristischem Charakter“.

Nun bestehen Teile der Opposition darauf, ähnliche Ausnahmeregelungen auch in anderen Regionen anzuwenden. So fordern sie die zusätzliche Stationierung von Militärs in weiteren Regionen im Süden und in den Grenzregionen im Norden des Landes, über die Migrant*innen nach Chile gelangen.

17 Jahre lang hat Chile unter Staatsterrorismus gelebt, angelehnt an die Nationale Sicherheitsdoktrin und Frankreichs Kolonialpolitik zur Aufstandsbekämpfung in Algerien. Die heutigen Sicherheitsstrategien und -debatten sind stark mit dieser Phase der chilenischen Geschichte verbunden, aber das wird von den Regierungen nicht thematisiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie konnte es zu dieser Kontinuität kommen?

Das BKA hat einen „sehr positiven Eindruck“ von den Carabineros. Die chilenische Militärpolizei sei „gut strukturiert, qualifiziert, sehr professionell“. Statt einer Neugründung der Carabineros wird inzwischen eine „Reform“ der umstrittenen Institution angestrebt

Antworten auf diese Frage gibt es viele – und sie werden immer noch viel diskutiert. Dabei spielen politisch-institutionelle Fragen und die Stimmung in der Gesellschaft mit in die Debatte hinein. Auf politischer Ebene sind die aktuellen Kräfteverhältnisse im Kongress entscheidend, denn dort kann jede einschneidende Reform verhindert werden. Aus Unerfahren-

heit und in Ermangelung einer konstanten Regierungslinie sah sich Boric nach wenigen Monaten an der Regierung gezwungen, gegen die starke Opposition wieder mehr Bündnisse mit den Mitte-links-Kräften der Nachdiktaturzeit einzugehen – was die Möglichkeiten grundlegender Veränderung einschränkt. Noch schlimmer steht es im Verfassungsrat, der nach der überwältigenden Ablehnung des ersten Entwurfs nun mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungstextes beauftragt ist. Hier haben Rechte und Ultrarechte eine absolute Mehrheit, das Ergebnis könnte sogar noch schlimmer ausfallen als die derzeit geltende Verfassung aus Diktaturzeiten.

Auf gesellschaftlicher Ebene ist die Frage interessant, was zwischen der Revolte und der Ablehnung der neuen Verfassung passiert ist. Diese vier Jahre waren intensiv, rasend schnell und gleichzeitig so ereignisreich wie ein Jahrzehnt: Wir haben die einschneidende Revolte von 2019 und ihre Folgen erlebt; das Eingesperrtsein während der Pandemie unter einer rechten Regierung, die auf den Gesundheitsnotstand mit Sicherheitsmanagement reagierte, und einen Verfassungsprozess, der wichtige Debatten und einen fortschrittlichen Verfassungstext hervorbrachte. Dass dieser im Plebiszit von 2022 abgelehnt wurde, ist ein Ausdruck der Politikverdrossenheit, von der die Ultrarechte profitiert hat.

Entscheidend für diese Entwicklung war, wie das politische System 2019 auf die Forderungen von Millionen Chilen*innen während der Revolte reagiert hat. Statt die Rufe nach höheren Renten und Löhnen, nach besserer Gesundheit und Bildung zu





Illustration: Mono González

schenrechtsverletzungen abgesichert hat, weist [der argentinische Anwalt und Aktivist; Anm. d. Aut.] Juan Méndez seit den 1970er Jahren hin: Laut internationalem Menschenrecht stehen Staaten insbesondere in Übergangsphasen in der Pflicht, die Beteiligten und ihre Vollstrecker ihrer Ämter zu entheben. Nur so kann eine Gesellschaft zu Gerechtigkeit kommen, erklärt Fernández gegenüber der taz.

In Chile ist das nie passiert. Nach dem Ende der Diktatur blieb Pinochet General und wurde später Senator. Und er war damit nicht der Einzige. „Die Henker haben ihre Machtstellung behalten und sind immer noch eng mit der Elite, vor allem der wirtschaftlichen Elite, verbunden“, erklärt Fernández weiter. In der Phase des Staatsterrorismus haben sie aktiv an den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen mitgewirkt. Dazu gehört auch die Privatisierung staatlicher Ressourcen und Leistungen, die auf einem freien Markt die gesellschaftliche Ungleichheit noch verschärft und zur Bereicherung einiger weniger beigetragen hat.

Das sind die Grundlagen für die systemische Straflosigkeit in Chile. Und die wiederhole sich immer wieder, wie Fernández an einem Beispiel von 2012 erläutert: „Bei den großen Demonstrationen mit sozialen Forderungen in Aysén im Süden Chiles verlor einer von 10.000 Menschen in der Region infolge der Polizeirepression ein Auge. Doch die Leiter dieser Polizeieinsätze wurden später befördert. Manche von ihnen hatten während der Repression, die den Protesten von 2019 folgte, Führungspositionen übernommen. Jetzt bekleiden sie Posten auf Landesebene.“ Einer von diesen Polizisten ist Ricardo Yáñez, heute Generaldirektor der Carabineros. „Die Verbrechen wiederholen sich“, so der Anwalt.

Auch in der Zeit nach der Diktatur wurde angesichts fehlender Sozialpolitik Repression zur Systemstabilisierung eingesetzt. Das vorherrschende Verständnis von öffentlicher Ordnung und Sicherheit wurde nie kritisch hinterfragt. Dieselbe Logik der Diktatur wurde beibehalten. Im demokratischen Chile wurde laut dem Anwalt Silvio Cuneo stattdessen ein populistischer Bestrafungsdiskurs laut: Gefängnisse wurden zu einer Möglichkeit, Armut zu kontrollieren. So steht die wachsende Zahl von Gefängnissen heutzutage zum Beispiel in keinem Verhältnis zur Kriminalitätsrate.

In den vergangenen Jahren gab es keine Vorstöße, etwas an diesem Zustand zu ändern. Auch heute, nach der sozialen Revolte, mit der neuen Regierung von Boric und nach dem gescheiterten Verfassungsprozess, gibt es keine Aussicht auf Veränderung. *Aus dem Spanischen: Susanne Brust*

Gloria Elgueta ist Menschenrechtsaktivistin und Schwester eines in der Diktatur verschwundenen politischen Gefangenen

hören, bot man eine neue Verfassung an. Doch damit ging es den Menschen nicht besser.

Das Gefühl der Unsicherheit wurde durch eine neue Art von Gewaltverbrechen verstärkt. Ein gefundenes Fressen für Konservative, die die Kriminalität sofort mit der angestiegenen Einwanderung nach Chile erklärten – obwohl längst bekannt ist, dass das eine nicht mit dem anderen zusammenhängt. Die Rechte hat es geschafft, statt der Verfassungsfrage das Thema Sicherheit auf die Agenda zu

setzen – auch dank einer großen Medienkampagne. Progressive Kräfte mühten sich währenddessen damit ab, die wichtigen Themen des Verfassungsentwurfs sichtbar zu machen – erfolglos, ließ sich das in Umfragen prophezeien. „Nein“ zum Entwurf doch nicht mehr umkehren.

Wenn man die Kontinuität repressiver Staatspraktiken langfristig verstehen will, gäbe es viele Aspekte zu beachten, meint die Strafverteidigerin Karinna Fernández. „Auf den wichtigsten Aspekt, der Repression und Men-

Chiles Geschichte in Protestsongs

Cristofer Rodríguez
Aus dem Spanischen: Ole Schulz

Violeta Parra – Yo canto a la diferencia (1961)

Zu den 150. Unabhängigkeitsfeiern Chiles nahm die legendäre Folkloresängerin dieses Lied im Tonada-Rhythmus auf. In zehn Strophen und ohne Refrain erzählt sie von den Feierlichkeiten und der Spannung, die durch die Gegensätze an dem so symbolträchtigen Datum entsteht: der Liebe zu nationalen Emblemen gegen die soziale Ausgrenzung vieler. Es ist der erste Protestsong in der Geschichte Chiles und vereint drei Elemente der Figur Violeta Parra: die Rettung der Folklore durch ihre Übertragung ins Städtische, die Persönlichkeit der Liedermacherin und ihre kritischen, anklagenden Texte.

Quilapayún – El Pueblo unido jamás será vencido (1973)

Mit „Gracias a la vida“ von Violeta Parra und „El derecho de vivir en paz“ von Víctor Jara ist „Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden“ das vielleicht weltweit bekannteste chilenische Lied. Der von Sergio Ortega komponierte und von der Folkloregruppe Quilapayún interpretierte Song wurde nur Wochen vor dem Staatsstreich von 1973 uraufgeführt, um alle Kräfte angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Demokratie zu mobilisieren. Der Marsch gilt heute als Vertonung eines universellen Mahnrufs, der fünf Jahrzehnte Geschichte und Tausende Kilometer Breitengrade umspannt.

Víctor Jara – Manifiesto (1974)

Ein Lied, in dem der berühmte Sänger die ganze Bedeutung seiner Musik, seiner künstlerischen Sensibilität und seiner politischen Subjektivität zum Ausdruck bringt. Ein Lied ergebe Sinn, „wenn es in den Adern pocht“, lautet darin eine Zeile, die Jara kurz vor seiner brutalen Hinrichtung fünf Tage nach dem Staatsstreich von 1973 schrieb. „Manifiesto“ wurde von seiner Frau Joan Turner 1974 posthum im englischen Exil veröffentlicht und mit der Zeit zu einem ethischen Leitfadens für kommende chilenische Liedermacher:innen.

Ana Tijoux – Shock (2011)

Chiles bedeutendste Rapperin fand in der aufbrausenden Studentenbewegung von 2011 den idealen Rahmen, um die These der Aktivistin und Journalistin Naomi Klein über das Laboratorium, das Chile für die Durchsetzung des neoliberalen Systems war, in Musik umzusetzen. „Shock“ von Ana Tijoux ist ein prägnanter und intelligenter Song, der zum Soundtrack der Proteste wurde, die die erste Regierung des Unternehmers Sebastián Piñera in Schach hielten.

Bonus-Track: LASTESIS – Un violador en tu camino (2019)

Musik nicht mehr als Lied, sondern als Aktion. Das feministische Kollektiv LASTESIS aus Valparaíso komponierte inmitten der sozialen Revolte von 2019 eine Kunstperformance (mit Musik, Reden, Kostümen und einer Choreografie), um das Patriarchat und seine unausweichliche Verbindung mit dem Unterdrückungsapparat des Staates anzuprangern. In nur zwei Wochen verbreiteten Millionen von Frauen auf der ganzen Welt die Performance in den wichtigsten Hauptstädten des Planeten und machten sie zu einer der Hymnen des Feminismus im 21. Jahrhundert.



BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG 

Podiumsgespräch
am 11. September 2023
um 17:00 live in der
Kronenstraße 5, 10117 Berlin

ODER IM STREAM UNTER:
WWW.BUNDESSTIFTUNG-
AUFARBEITUNG.DE/CHILE73





Bis heute ungesühnt: der Tod Salvador Allendes Foto: Carlos Vera/Reuters

Pinochet-Effekt: Neue Akteure im Völkerstrafrecht

Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen ist noch immer unzureichend. Aber die Verhaftung Pinochets in London 1998 hat Rechtsgeschichte geschrieben

Von **Wolfgang Kaleck**

Wie wichtig der Militärputsch von 1973 für das Chile von heute ist, belegte vor wenigen Wochen das Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen die Mörder des kommunistischen Sängers Victor Jara, der einen Tag nach dem Coup verhaftet und anschließend im Nationalstadion von Santiago de Chile gefoltert und erschossen worden war.

Chile stand in den 1970er Jahren nicht alleine, der gesamte Süden des Doppelkontinents wurde von Militärdiktaturen regiert, eine blutiger als die andere. Warum aber fand der Pinochet-Putsch im Vergleich etwa zu dem seiner Waffenbrüder in Argentinien mehr Aufmerksamkeit?

Da ist die mehr oder weniger offene Involvement der USA zu nennen, namentlich der CIA. Aus politischen Gründen sollte es – mitten im Kalten Krieg – kein sozialistisches Experiment auf dem Kontinent geben, den die USA als ihren Hinterhof betrachteten. Die Zahl der politischen Morde der chilenischen Diktatur liegt bei 3.000 bis 4.000, dazu kommen Zehntausende von Folterüberlebenden und Exilierte. Doch die Opferzahlen in anderen Staaten lagen ähnlich hoch, in Argentinien mit 30.000 Verschwundenen sogar höher. Aber Tatsache ist auch, dass die Weltöffentlichkeit relativ schnell von den Menschenrechtsver-

letzungen in Chile erfuhr, weil die Bilder der im Fußballstadion inhaftierten und gemarterten Oppositionellen um die Welt gingen.

Die argentinischen Militärs lernten daraus und schufen nach ihrem Putsch am 24. März 1976 ein Netzwerk klandestiner Haftstätten und ein System des Verschwindenlassens. Betroffene und deren Familien, aber auch die argentinische Gesellschaft ließ die Diktatur sehr lange bewusst im Unklaren über das Schicksal der Entführten, deren Mehrheit gefoltert und schließlich ermordet wurde.

Die 1973 gegründeten heutigen *Latinamerika Nachrichten* erinnerten

unlängst anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens daran, dass nicht nur die USA die Diktatur offen unterstützten. Insbesondere Franz Josef Strauß, bis heute noch immer ein politisches Role Model, wollte damals lieber mit Diktator Pinochet als mit seinem christdemokratischen Parteifreund Eduardo Frei zu tun haben.

Noch enger mit der in den 1970ern keineswegs menschenrechtsorientierten deutschen Außenpolitik verbunden ist der Skandal um die im Süden Chiles gelegene Politsekte Colonia Dignidad. Nicht nur, dass der Kindervergewaltiger Paul Schäfer seit den 60er Jahren ein System der Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs mit Unterstützung deutscher Stellen betreiben konnte. Bereitwillig stellte die Kolonie ihre quasi extraterritoriale deutsche Enklave den Schergen Pinochets als Folterzentrum zur Verfügung. Und die deutsche Justiz war sich damals nicht zu schade, Amnesty International für die Berichterstattung über diesen Skandal zu sanktionieren.

Bis heute wurde der Komplex Colonia Dignidad von der zuständigen nordrhein-westfälischen Justiz völlig unzureichend aufgearbeitet. Trotz Strafanzeigen aus den 2010er Jahren, die auf Aussagen deutscher und chilenischer Zeug*innen und auf chilenischen Prozessakten basieren, blieben deutsche Täter straflos. Im Gegensatz dazu ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Berlin derzeit engagiert wegen Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur.

In Chile konnte die Menschenrechtsbewegung seit der Abwahl Pinochets im Jahr 1988 auch Erfolge verzeichnen. Die sogenannte Rettig-Wahrheitskommission veröffentlichte 1996 einen umfangreichen Bericht über die Verbrechen der Diktatur. An einigen Orten der Verbrechen wurden Gedenkstätten errichtet.

Einer der größten Erfolge der internationalen Menschenrechtsbewegung war die Verhaftung des Ex-Diktators Pinochet in London im Oktober 1998. Wer der 50 Jahre Militärputsch gedenkt, sollte an das 25-jährige Jubiläum des Kriminalfalls Pinochet erinnern. Mit den exillateinamerikanischen Jurist*innen und den Menschenrechtsorganisationen, die Pinochet erstmals vor ein Gericht brachten und zahlreiche Verfahren gegen argentinische Militärs initiierten, traten erstmals zivilgesellschaftliche Akteure auf die Bühne des Völkerstrafrechts.

Das Strafverfahren in London und Madrid gegen Pinochet hatte großen Einfluss auf die Strafverfolgung in Chile. Hunderte von Tätern wurden verurteilt, Konten beschlagnahmt. Die Sozialwissenschaftlerin Naomi Roht-Arriaza beschreibt den Pinochet-Effekt, wenn die Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen nicht „vor Ort“ stattfinden kann und die Überlebenden daher über Bande spielend eine Wirkung im Tatortland erzielen.

Im argentinischen Komplex etwa ergingen in den 1990er Jahren zahlreiche Strafbefehle in Italien, Frankreich, Spanien und auf Betreiben der damaligen „Koalition gegen Straflosigkeit“ auch in Deutschland. Diese Strafbefehle und der beharrliche Druck der Mütter der Plaza de Mayo trugen mit dazu bei, dass auch in Argentinien die nationale Strafverfolgung von Völkerrechtsstraftaten ab 2005 zunahm.

Für Menschenrechtsanwält*innen auf der ganzen Welt war die Verhaftung Pinochets vor 25 Jahren ein Startschuss für Hunderte von Strafanzeigen und Verfahren, sowohl gegen staatliche Rechtsverletzer als auch – deutlich weniger erfolgreich – gegen transnationale Unternehmen, etwa Mercedes-Benz in Argentinien oder Volkswagen in Brasilien, die beide mit den Militärs kollaborierten. Auch die jüngsten Strafverfahren gegen syrische Folterknechte in Koblenz, aber auch die Bemühungen der ukrainischen Menschenrechtsbewegung sind ohne den Präzedenzfall Pinochet nicht denkbar.

Die Aufarbeitung der Verbrechen von Diktaturen aus den 1970er Jahren hat nur partiell zu mehr Rechtsstaatlichkeit im chilenischen und argentinischen Militär oder der Polizei geführt. Bis heute gehen die Sicherheitsapparate beider Länder äußerst repressiv gegen indigene Mapuche-Gemeinschaften vor, und auch die große Protestbewegung in Chile 2019 war mit massiver Polizeigewalt konfrontiert. Aber der gesellschaftliche wie juristische Widerstand dagegen wie gegen die Bagatelisierung der Verbrechen ist gewachsen und seit der Verhaftung Pinochets im Jahr 1998 haben sich nichtstaatliche Akteure selbst ermächtigt – wovon nicht zuletzt das Urteil gegen die Mörder Victor Jaras zeugt.

Wolfgang Kaleck ist Rechtsanwalt und Generalsekretär des von ihm mitgegründeten European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin

„Die Angehörigen brauchen Klarheit“

Die forensische Anthropologin Daniela Leiva untersucht die von der Diktatur hinterlassenen Massengräber auf der Suche nach „Verschwundenen“

Interview **Sophia Zessnik**

taz: Frau Leiva, Sie arbeiten als forensische Anthropologin. Was ist Ihre Aufgabe?

Daniela Leiva: Ein großer Teil unserer Arbeit besteht darin, menschliche Überreste zur Identifizierung zu nutzen. Wir untersuchen Überreste, die nicht durch Fingerabdrücke oder das Gesicht identifiziert werden können. Dabei kann es sich um abgetrennte Körperteile handeln, oft in einem fortgeschrittenen Stadium der Zer-

setzung, einzelne Knochen oder auch um mumifizierte oder verbrannte Leichen.

Wie sind Sie zu dieser Tätigkeit gekommen?

Mein Großvater war politischer Gefangener während der Militärdiktatur von Pinochet. Er gehörte vor dessen Tod zu einer Gruppe Ärzte, die Salvador Allende betreuten. Nach dem Militärputsch 1973 unterstützte er die MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) im Untergrund medizinisch. Dafür wurde er festgenommen und 14

Monate eingesperrt, wobei er 4 davon als sogenannter *desaparecido*, also als Verschwundener, galt, weil meine Familie nicht wusste, wo er war. Unter anderem hielt man ihn währenddessen in der Villa Grimaldi fest, einem der bekanntesten Folterzentren der DINA – der Geheimpolizei Pinochets. Aufgewachsen mit dieser Familiengeschichte wollte ich einen Beitrag zur Aufklärung der Verbrechen leisten, die während der Diktatur in Chile begangen wurden, und so wenn möglich für etwas Gerechtigkeit sorgen.

Konzentrieren Sie sich in Ihrer Arbeit deshalb auf die Verschwundenen?

Auch. Im Zuge meines Studiums habe ich zudem an Ausgrabungen von Massengräbern aus dem Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Da habe ich zum ersten Mal gemerkt, wie wichtig diese Arbeit ist. Die Kinder der Verschwundenen waren teilweise schon tot oder sehr alt, also haben die Enkel*innen weiter nach ihren Verwandten gesucht. Das Verschwindenlassen von Menschen ist eine gezielte Foltertechnik, die eine Familie derart entwertet, dass das hinterlassene Trauma über Generationen hinweg vererbt wird. Gibt es eine verschwundene Person

in der Familie, zerbricht die Familienstruktur für immer.

Und wenn Sie die Überreste finden und an die Familien zurückgeben, ist die Gerechtigkeit wiederhergestellt?

Nein, aber immerhin können die Familien so vielleicht abschließen. Viele forensische Anthropolog*innen entscheiden, dass die Familien nicht an der Bergung der menschlichen Überreste teilnehmen sollen. In meinem Team finden wir aber, dass es ein wichtiger Teil der Wiedergutmachung ist, wenn die Familien teilhaben können – sofern sie das möchten. Hier in Chile sind bis zu 50 Jahre vergangen, in denen die Menschen nicht wissen, was mit ihren Angehörigen passiert ist. Auch, wenn ziemlich klar ist, dass sie tot sind, brauchen die Angehörigen Klarheit. Wir ziehen auch Psycholog*innen hinzu, um die Angehörigen zu unterstützen, aber auch damit wir, wenn nötig, selbst Hilfe bekommen. Massengräber auszuheben ist keine leichte Arbeit, es ist ein komplexer Prozess und teilweise brutal. An die Arbeit mit den sterblichen Überresten gewöhnt man sich, aber der Kontext, der kann einem zu schaffen machen.

Sie sprechen von Wiedergutmachung. Wäre es im Falle Chi-

les nicht Aufgabe des Staates, diese zu leisten?

Im Grunde ja. Allerdings herrscht wenig Vertrauen diesbezüglich in die staatlichen Institutionen. In den Neunzigerjahren wurden im Norden des Landes sowie auf einem Friedhof in Santiago Massengräber gefunden. Damals gab es keine Spezialist*innen in Chile, die qualifiziert gewesen wären, diese Identifizierungen durchzuführen. Es wurden viele Fehler gemacht und Leichen falsch identifiziert an ihre Angehörigen übergeben. Diejenigen, die die Fehler begingen, arbeiteten für den staatlichen gerichtsmedizinischen Dienst, weshalb viele heute diesem gegenüber noch misstrauisch sind. Viele Angehörige sehen im heutigen Staat immer noch ebenjenes, der unter Pinochet für die Verbrechen an ihren Familienmitgliedern verantwortlich ist. Das liegt auch daran, dass keiner von den Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurde.

Das Misstrauen in die chilenischen Institutionen wie Polizei und Justiz hält bis heute an, sagten Sie. Was hat das mit dem Aufstand von 2019 zu tun?

Während der Massenproteste 2019 wurden sukzessive Menschenrechte verletzt. Für diese

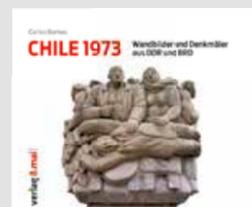
Fälle wurde von staatlicher Seite bis heute keine Verantwortung übernommen. Mein Team und ich arbeiten an einem Fall, bei dem sechs Menschen in einer Wäschefabrik verbrannt sind. Die Untersuchungen des gerichtsmedizinischen Dienstes waren – nennen wir es – nachlässig. Weshalb unser Team eine weitere Untersuchung vorgenommen hat. Dabei haben wir festgestellt, dass die Knochen Spuren von Projektilen aufwiesen, was vorher nicht dokumentiert wurde. Die Untersuchungen laufen noch, weshalb wir noch nicht sagen können, was da genau passiert ist.

Eine letzte Frage: Mögen Sie Ihre Arbeit?

Trotz aller Schwierigkeiten, ja. Wir opfern viel Zeit und Energie für diese Aufgabe, weshalb die meisten von uns auch kein Familienleben haben. Es ist emotional herausfordernd, aber für mich bedeutet es auch eine Möglichkeit, Teil des historischen Gedächtnisses zu sein. Besonders heute, wo die Rechte wieder derart stark ist und weite Teile der Gesellschaft einem Negationismus verfallen sind, darf dieses Thema nicht in Vergessenheit geraten. Denn die Vergessenheit dieses Landes wirkt bis heute nach.

Anzeige

Aus dem **junge Welt-Shop**



Carlos Gomes

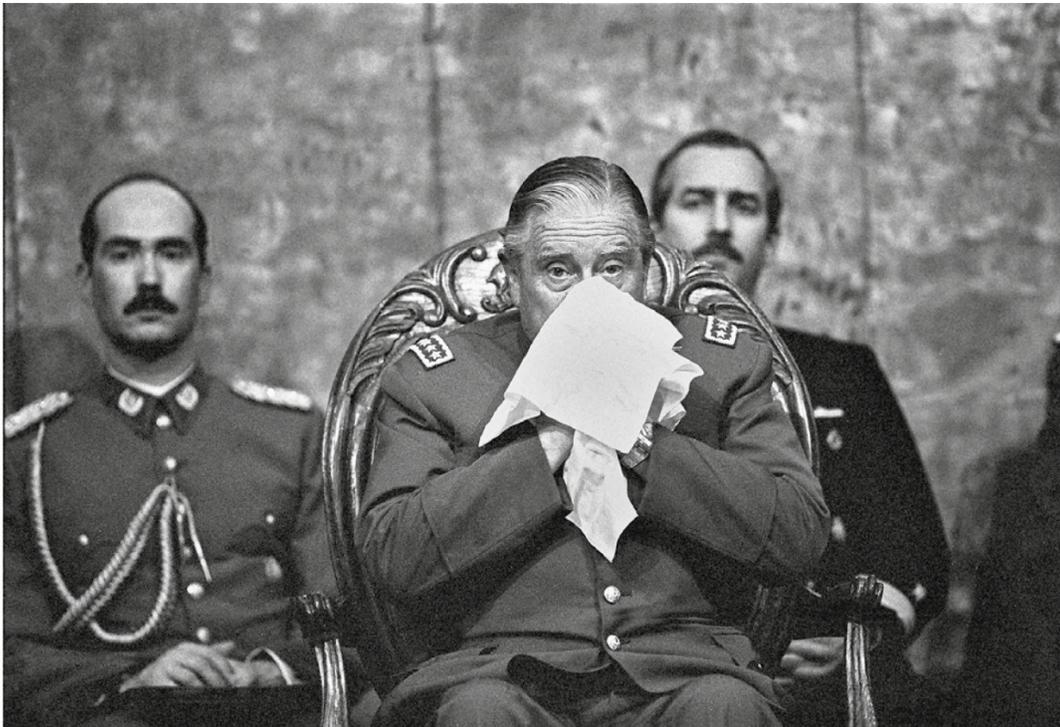
CHILE 1973
Wandbilder und Denkmäler aus DDR und BRD

junge Welt

Verlag 8. Mai, 120 Seiten mit großformatigen Farbphotos und Landkarte, Hardcover mit Fadenheftung, 19,90 Euro (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/chile1973

Erhältlich auch im **junge Welt-Laden**, Torstr. 6, 10119 Berlin
Öffnungszeiten: Mi–Fr, 13–18 Uhr · Tel.: 0 30/53 63 55 68



Hat weiter viele Anhänger: General Pinochet, hier im Jahr 1988
Foto: José Giribás

Das Ansehen der Diktatur steigt – und ihre Anhänger halten wieder mehr Macht

Von Ute Löhning

Die politische Situation in Chile hat sich gedreht. „Nach dem Sieg der Gegner der neuen Verfassung im Referendum 2022 habe ich Fotos von Pinochet per WhatsApp zugeschickt bekommen“, berichtet Flor Lazo Maldonado. Sie ist die Präsidentin des Angehörigenverbands von 70 meist gewerkschaftlich organisierten Landarbeitern, die im September und Oktober 1973 in der südlich von Santiago gelegenen Kleinstadt Paine von Militärs entführt und in abgelegenen Andentälern ermordet wurden. Auch ihr Vater, zwei Onkel und zwei ihrer Brüder waren darunter.

Anfang August habe sie bemerkt, dass eine marmorne Gedenktafel mit den Namen von 17 der ermordeten Landarbeiter mit einem Hammer in viele Stücke zerschlagen worden war. „Wir selbst hatten die Tafel an dem Felsen in der Chadaschlucht angebracht“, erklärt sie. „Die Zerstörung ist ein Angriff auf unsere Erinnerungsarbeit.“

Fast 50 Jahre nach dem Militärputsch steigt das Ansehen des früheren Diktators Augusto Pinochet und die Akzeptanz des Putsches nimmt zu. Laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Mori sagten 36 Prozent der Bevölkerung im März 2023, Chile sei durch den Staatsstreich „vom Marxismus befreit“ worden. 42 Prozent sagen, dass der Putsch „die Demokratie zerstört“ hat.

Nach dem Ende der Diktatur im Jahr 1990 gab es keinen wirklichen Bruch damit. „Der Übergang zur Demokratie wurde nach den Regeln der Verfassung der Diktatur aus dem Jahr 1980 organisiert und hat den Protagonisten der Diktatur weitgehende Macht belassen“, sagt der Historiker Pablo Seguel. So war Augusto Pinochet bis zu seiner Verhaftung in London 1998 Oberbefehlshaber des Heeres und bis 2002 Senator. Er starb 2006, ohne je verurteilt worden zu sein.

In ökonomischer Hinsicht setzten die demokratischen Regierungen ab 1990 die neoliberale Politik der Diktatur fort. Zwar geht die Schere zwischen Arm und Reich sehr weit auseinander. Aber in makroökonomischen Zahlen und im lateinamerikanischen Vergleich ist Chiles Wirtschaft stark und stabil. Den Profiteuren dieser Ordnung gilt die Neoliberalisierung als Erfolgsmodell.

„Während der Diktatur entstand eine neue Mittelklasse“, sagt der mit dem chilenischen Preis für Geisteswissenschaften ausgezeichnete Soziologe Tomás Moulian Empanza. „Aber vor allem entstand eine neue Bourgeoisie, die sich aufgrund der wirtschaftlichen Liberalisierung sehr bereichern konnte.“ Seitdem beherrschen wenige extrem reiche Familienunternehmen den chilenischen Markt.

„Der Rückhalt Pinochets in der Bevölkerung ist seit Ende der Diktatur 1990 nur wenig gesunken“, erklärt Historiker Pablo Seguel. „Mehrere rechte Parteien bezeichnen den Putsch noch immer als gerechtfertigt. Die Republikanische Partei verteidigt den Putsch, die Diktatur und auch diejenigen, die massive Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit begangen haben.“

Luis Silva Irrarrazaval von der extrem rechten Republikanischen Partei und Mitglied der einflussreichen, streng konservativen katholischen Vereinigung Opus Dei sagte Ende Mai im chilenischen Fernsehen, er empfinde einen Anflug von Bewunderung für Pinochet, „weil er ein Staatsmann war, ein Mann, der den Staat führen, einen in Stücke zerrissenen Staat wieder aufbauen konnte“.

„Wäre Pinochet noch am Leben, so würde er mich wählen“, erklärte der Anwalt und Gründer und Kopf der Republikanischen Partei, José Antonio Kast. Sein Vater, ein 1950 nach Chile ausgewandertes Offizier der deutschen Wehrmacht und NSDAP-Mitglied, und sein Bruder Christian Kast sollen nach dem Putsch 1973 an

Repressionsmaßnahmen des Militärs gegen Arbeiter des Familienunternehmens – einer Wurstfabrik und Restaurantkette in der Kleinstadt Paine – mitgewirkt haben. Ökonomisch profitierte die Familie Kast von der Diktatur und verfügt über weitreichende Rechte an dem in Chile knappen Gut Wasser.

International sind die Republikaner gut vernetzt mit Partnern aus dem Umfeld von Trump in den USA, VOX in Spanien, Orbán in Ungarn, Bolsonaro in Brasilien. Seit 2022 ist Kast Vorsitzender des Political Network for Values, das regelmäßig internationale Konferenzen mit diesen strategischen Partnern organisiert.

Bei der Wahl zum Verfassungsrat, der einen zweiten Aufschlag für eine neue Verfassung schreiben soll, nachdem der erste Vorschlag 2022 in einem Referendum abgelehnt wurde, hat die Republikanische Partei im Mai mit 35 Prozent der Stimmen am besten abgeschnitten. Zusammen mit der traditionellen Rechten halten sie eine Zweidrittelmehrheit und können den Inhalt des Verfassungsentwurfs gegen jedes Veto absichern.

Die Republikaner wollen in einer neuen Verfassung alle Bürger:innen verpflichten, „die Werte der chilenischen Tradition zu ehren“. Sie wollen Abtreibung verbieten und auch die aktuell gültigen drei Ausnahmeregelungen bei Gefahr für Leib und Leben der Frau oder des Fötus sowie nach einer Vergewaltigung abschaffen. Besonders umstritten ist der Antrag der Republikaner, demzufolge über 75-jährige oder gebrechliche Häftlinge ihre Strafe zu Hause verbringen können sollen. „Die meisten Gefängnisinsassen dieses Alters sind wegen Diktaturverbrechen verurteilt“, empört sich Flor Lazo, die Vertreterin der ermordeten Landarbeiter aus Paine. Menschenrechtsgruppen laufen Sturm dagegen, und Teile der Linken kündigen bereits an, den neuen Verfassungsentwurf im Dezember abzulehnen.

Frauen an vorderster Front: Erinnerung als Kraft für die Kämpfe heute – in der Gesellschaft und zu Hause!

Von Elisa Franco, Camila Olmos, Sofía Rodríguez

Der 23. Dezember 1983 ging in die Geschichte Chiles ein: Mehr als 10.000 Frauen kamen im Theater von Caupolicán in Santiago zusammen, um unter dem Motto „Heute und nicht morgen. Für das Leben!“ ihren entschiedenen Widerstand gegen die zivilmilitärische Diktatur von Augusto Pinochet zum Ausdruck zu bringen. Es war ein historischer Moment.

Der Kampf für die Menschenrechte im südlichen Südamerika wurde vor allem von Müttern, Töchtern, Schwestern und Partnerinnen von Verschwundenen und politischen Gefangenen geführt. Aus Betroffenheit und Verzweiflung besetzten sie öffentliche Räume. Sie hatten erkannt, dass das Persönliche politisch ist.

Frauen zeigten eins der größten revolutionären Potenziale: die Fähigkeit, die Gesellschaft in konterrevolutionären Zeiten zu politisieren. Im Kontext des staatlichen Terrorismus waren es sowohl in Chile als auch in Argentinien Frauen, die die mutige Entscheidung trafen, öffentlich zu protestieren, zunächst mit der Motivation, die verschwundenen Verwandten und Genoss*innen zu finden. Aber bald entfaltete ihr Protest eine Kraft, die mehr war als das: Sie kämpften, um die Demokratie wiederzuerlangen und der Diktatur ein Ende zu setzen.

Parallel dazu begann sich Anfang der 1980er Jahre die zweite Welle der chilenischen Frauenbewegung neu aufzustellen. Die Situation von Frauen sollte auf politischer Ebene problematisiert und ernst genommen werden. Ziel war es auch, die durch die neoliberalen Reformen des Militärregimes angefachte Wirtschaftskrise zu bewältigen und den Autoritarismus, sowohl in der diktatorischen Gesellschaft als auch in der Familie infrage zu stellen.

Über Organisationen wie MEMCH 83 (Bewegung für die Emanzipation der chilenischen Frau) organisierten sich Frauen, um Aktionen, Konferenzen, Großveranstaltungen und Proteste zu organisieren

und Manifeste zu erarbeiten. In diesem Kontext verschränkte sich der Kampf der Feministinnen mit dem der Frauen für Menschenrechte, versinnbildlicht in der Forderung „Demokratie im Land und zu Hause“, wie sie im Caupolicán-Theater erscholl.

Heute, 50 Jahre nach dem Putsch, fühlen wir vom Feministischen Koordinationskomitee 8. März (CF8M) uns als Erbinnen jener Kämpfe. Wir wissen, dass Feminismus sich nicht nur darauf beschränkt, eine Geschlechterperspektive in das aktuelle Regime des neoliberalen Kapitalismus einzubeziehen. Feminismus bedeutet auch die entschlossene Verteidigung gegen jeden Ausdruck des Autoritarismus sowohl im Land als auch in den eigenen vier Wänden.

Heute ist die extreme Rechte wieder auf dem Vormarsch, und das macht feministische Erinnerungsarbeit unerlässlich. Sie ermöglicht es uns, die perspektiv- und zukunftslos erscheinende Gegenwart zu überwinden und uns die unvollendeten Kämpfe und Projekte aus anderen Zeiten wieder anzueignen. Unsere Erinnerungen werden zu Utopiefabriken, zu neuen Vorstellungswelten, neuen Ideen und Hoffnungen, in denen wir unsere Gegenwart wiedererobern und um eine bessere Zukunft kämpfen.

Die Erinnerungen von uns lateinamerikanischen Frauen sind störend, wollen sie doch die Gesellschaft in Zeiten eines autoritären und ultrarechten Aufschwungs politisieren. Für uns ist das Erkennen und Erinnern der Geschichte ein mächtiger Prozess der Veränderung. Erinnern ermöglicht es uns zu verstehen, dass unsere Kämpfe nicht losgelöst von der Zeit sind: Das Vermächtnis des diktatorischen und patriarchalen Systems von gestern ist die Ursache für die Gewalt, mit der wir heute leben. Für uns ist Erinnerung die Kraft der Gegenwart.

Über dem Spanischen:
Caroline Kim

Die Autorinnen sind Sprecherinnen der Feministischen Koordinationsstelle 8. März (CF8M).



Anfang der 1970er regierte in Chile für 1000 Tage das linke Bündnis der Unidad Popular. Gemeinsam mit der Bevölkerung arbeitete es an einem ganz eigenen demokratischen Sozialismus. Daran beteiligt waren auch Unterstützer*innen aus aller Welt.

Das Websiteprojekt www.internationalallende.org erinnert an die globale Solidarität mit dem Aufbruch in Chile.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Grüne Ausbeutung

Diktator Pinochet nahm den Indigenen ihr Land und kriminalisierte ihre Kultur. Sie sollten Platz machen für den Rohstoffabbau. Der bekommt jetzt einen grünen Anstrich

Aus Santiago de Chile **Sophia Boddenberg**



Chuquicamata ist die größte Kupfermine der Welt – und Kupfer ist das Metall der Energiewende
Foto: Jochen Tack/imago

Riesige Schaufeln haben sich über 1.000 Meter in mehr als 100 Jahren in die Tiefe gegraben und einen gigantischen Schlund mitten in der Wüste Atacama hinterlassen. Die Grube gehört zum Tagebau Chuquicamata, einer der größten Kupferminen der Welt. Sie befand sich lange im Besitz eines US-amerikanischen Bergbaukonzerns. 1971 verstaatlichte der sozialistische Präsident Salvador Allende den Kupferbergbau – es ist eine der wenigen Errungenschaften, die Diktator Augusto Pinochet aufrechterhielt. Bis heute befindet sich Chuquicamata im Besitz des staatlichen Bergbaukonzerns Codelco.

Das Wort Chuquicamata hat seinen Ursprung in der Sprache der Indigenen Aymara, die heute in Chile, Peru und Bolivien leben. Sie wurden Opfer einer Kampagne der *chilenización* („Chilenisierung“) im 20. Jahrhundert, die während der Diktatur Pinochets ihren Höhepunkt erreichte. In den Schulen und beim Militärdienst sollte ihre kulturelle Identität ausgelöscht werden, um sie gewaltsam in die chilenische Nation einzugliedern.

Dort, wo die Indigenen über Jahrtausende friedlich lebten, werden heute Rohstoffe abgebaut, um sie in die Welt zu exportieren. Der Bergbau ist der wichtigste Wirtschaftszweig Chiles, und er konzentriert sich in den Regionen im Norden des Landes: Tarapacá, Antofagasta, Atacama und Coquimbo. Chile ist der größte Kupferproduzent der Welt und Kupfer ist das wichtigste Exportgut des Landes.

Die Nachfrage boomt. Laut deutschen Rohstoffagentur wird sich der globale Kupferbedarf bis 2035 verdoppeln. Das ist auch eine Folge der Energiewende: Die Elektrifizierung des Verkehrs, der Ausbau erneuerbarer Energien und des Ladenetzes für E-Autos sowie deren Batterien geht einher mit einem steigenden Kupferbedarf. Denn Kupfer leitet Strom und Wärme und ist deshalb ein zentraler Bestandteil von Kabeln.

Etwa die Hälfte des chilenischen Kupfers wird nach China exportiert. Chile exportiert lediglich den

Rohstoff, in China wird das Metall weiterverarbeitet. Der chinesische Autokonzern BYD ist zum größten Elektroautohersteller der Welt aufgestiegen. Auch Deutschland importiert Kupfer aus Chile. Hauptabnehmer des Kupfers ist der Fahrzeugbau, gefolgt von der Bau- und der Elektronikindustrie. Der deutsche Kupferverband bezeichnet Kupfer als „Metall der Energiewende“.

Chile verfügt über einen weiten Schlüsselrohstoff für die Energiewende: Lithium. Die weltweit größten bekannten Lithiumreserven schlummern im Untergrund der Salar de Atacama, einer Salzwüste im Norden des Landes. Lithium befindet sich aufgelöst in Salzwasser unter der Wüstenerde und wird in riesige Becken gepumpt. Die Flüssigkeit verdunstet unter der glühenden Sonne und Lithium bleibt zurück.

Chiles Präsident Gabriel Boric will in Allendes Fußstapfen treten und ein staatliches Lithiumunternehmen schaffen, damit der Lithiumboom mehr Einnahmen für den Staat schafft. Bisher haben zwei private Konzerne die Abbaukonzessionen in der Atacama: der US-Konzern Albermarle und das chilenische Unternehmen SQM, dessen Hauptaktionär Pinochets Schwiegersohn ist. Die Lizenzen gelten noch für mindestens zehn Jahre, vorher könnte ein staatliches Unternehmen – wenn der Gesetzentwurf überhaupt vom Parlament angenommen wird – kein Lithium in der Wüste fördern.

Auch das chinesische Unternehmen BYD hat Abbaukonzessionen in Chile erworben und will außerdem eine Batteriefabrik bauen, die 2025 in Betrieb gehen soll. Bisher exportiert Chile Lithium als Rohstoff, produziert aber keine Batterien.

Unabhängig davon, ob der chilenische Staat oder ausländische Konzerne Lithium im Salar de Atacama fördern, wirkt sich der Abbau auf die Umwelt und die indigenen Gemeinden vor Ort aus. Zwar scheint die Wüste auf den ersten Blick wie ein Ort ohne Leben zu sein, aber sie beherbergt ein komplexes Ökosystem und ist das Zuhause der Indigenen Atacameños oder Likan An-

tai in ihrer eigenen Sprache. Ihre Vorfahren lebten bereits vor mehr als 10.000 Jahren in den Oasen der Wüste Atacama und passten sich an die schwierigen Lebensbedingungen an.

Der Lithiumabbau verschlingt die ohnehin knappen Wasserressourcen in der Wüste, das gefährdet die Lebensgrundlage der indigenen Gemeinden und bringt das Ökosystem aus dem Gleichgewicht. Der Präsident des Rats der Atacameños, Vladimir Reyes, kritisiert Boric dafür, dass er die indigenen Gemeinden nicht an der nationalen Lithiumstrategie der Regierung beteiligt und das Problem der Wasserknappheit nicht berücksichtigt.

Im Untergrund der Salzwüste von Atacama im Norden Chiles schlummern, in Wasser aufgelöst, die weltweit größten bekannten Lithiumreserven

Die Klimakrise hat in den Industrieländern im Globalen Norden, die am meisten Treibhausgas verursachen, die Notwendigkeit einer Energiewende ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Im Globalen Süden kritisieren soziale Bewegungen und Indigene den grünen Extraktivismus in ihren Ländern: die Ausbeutung und Aneignung von Natur und Rohstoffen zum Zweck einer neoliberalen Energiewende, die Marktinstrumente und technologische Innovationen als Lösungen betrachtet.

Auch wenn der Energiesektor auf erneuerbare Energien umstellt und Autos mit Verbrennungsmotoren durch E-Autos ersetzt werden – was zweifellos notwendig ist –, ändert das nichts an der hohen Nachfrage nach Energie, die die kapitalistische Produktions- und Konsumweise

verursacht. Und dafür tragen die Länder des Globalen Nordens eine besondere Verantwortung – denn sie sind es, die am meisten davon profitieren.

Die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Lebensweise hingegen tragen die Länder im Globalen Süden, zu denen Chile gehört. Denn solange der globale Energiebedarf nicht sinkt, steigt die Nachfrage nach Rohstoffen weiter. Und Rohstoffabbau wirkt sich immer negativ auf die Umwelt aus.

Nur ein paar Beispiele: Kupferhütten verursachen Schwefeldioxid- und Arsenemissionen. Für jede Tonne Kupfer entstehen 2,2 Tonnen giftiger Abfälle. Diese werden in Chile in 757 Lagern aufbewahrt, mehrere davon in unmittelbarer Nähe von Dörfern, die unter den damit verbundenen Umwelttrisiken leiden. Viele Menschen trinken mit Schwermetallen belastetes Wasser. Die Bergbauregion Antofagasta im Norden Chiles hat die höchsten Lungenkrebssterberate im ganzen Land.

Während der Norden Chiles reich an metallischen Rohstoffen ist, verfügt der Süden über eine wichtige erneuerbare Energiequelle: Wind. In den Regionen Biobío und Araucanía, wo die indigenen Mapuche leben, sind in den vergangenen Jahren mehrere Windparks gebaut worden. Häufig befinden sie sich nur wenige Meter von den Wohnhäusern entfernt und die häufig ausländische Unternehmen beteiligen die lokale Bevölkerung kaum an den Projekten. Hinzu kommt: Etwa ein Drittel des chilenischen Energieverbrauchs geht auf den Bergbau zurück.

Eigentlich verpflichtet die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Chile unterschrieben hat, den Staat dazu, die indigenen Gemeinden zu konsultieren, wenn sie von Unternehmen oder Projekten betroffen sind. Insgesamt gibt es zehn offiziell anerkannte indigene Völker in Chile. Sie leiden besonders unter dem Extraktivismus. Denn sie leben genau an den Orten, an denen es besonders viele Rohstoffe und für den Menschen nutzbare Natureigenschaften gibt: Wind, Wasser, Metalle.

Nachdem Allende den Indigenen, insbesondere den Mapuche, einen Teil ihres ursprünglichen Landes zurückgegeben hatte, enteignete Pinochet es wieder. Er verschenkte es oder verkaufte es zu sehr niedrigen Preisen an Forstunternehmen. Die Verleugnung der Existenz der Indigenen war Bestandteil der Politik der Diktatur. „Es gibt keine Mapuche mehr, weil wir alle Chilenen sind“, sagte Pinochet 1979 in Villarrica.

Bis heute kämpfen die Mapuche für die Rückgabe ihres Landes, auf dem sich heute Forstplantagen und Windparks befinden. Das Unternehmen Arauco, eines der größten Forstunternehmen Chiles, baut seinen eigenen Windpark.

Am südlichsten Zipfel von Chile, in Patagonien, soll bald mit Windenergie grüner Wasserstoff produziert werden – auch als Beitrag für die deutsche Energiewende. Porsche und Siemens Energy haben eine Pilotanlage für die Produktion von E-Fuels gebaut. Auch der Energiekonzern RWE baut einen Windpark in Patagonien für die Produktion von grünem Wasserstoff und grünem Ammoniak.

Auch in Patagonien leben Indigene: Die Kawésqar und die Selk'nam. Ihre Lebensgrundlage ist das Meer: Viele leben vom Fischfang und der Landwirtschaft. Für die Produktion von grünem Wasserstoff wird Wasser benötigt. Das ist auch in Patagonien knapp, deshalb wollen die meisten Unternehmen Meerwasserentsalzungsanlagen einsetzen. Diese produzieren aber tonnenweise konzentrierte Salzlake als Abfall. Und den werden sie vermutlich zurück ins Meer schütten, was wiederum dem maritimen Ökosystem und letztlich den Indigenen schaden wird.

Grüner Wasserstoff soll in Chile außerdem dabei helfen, dass der Bergbausektor „klimaneutral“ wird. Er soll unter anderem als Kraftstoff in Lkws im Bergbau eingesetzt werden. Mehrere Bergbauunternehmen arbeiten dafür bereits an Pilotprojekten. So soll Chile in Zukunft beispielsweise „grünes“ Kupfer exportieren.

Chuquicamata könnte alsbald „grün“ sein.



taz panterstiftung

WE CARE

Das Refugium Auszeit-Stipendium.

Verfolgte Journalistinnen werden uns 2023 in Berlin besuchen und eine dringend benötigte Auszeit nehmen.

Das Refugium Auszeit-Stipendium ist ein gemeinsames Projekt von Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung.



Spenden unter:
www.taz.de/spenden

oder

GLS-Bank Bochum
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00